

## IN DIESER AUSGABE:

1. Mai: Kühn fordert  
Politikwechsel

Seite 2

Demokratisches, solidarisches,  
friedliches Europa muss her

Seite 2

Krieg in Europa  
wieder denkbar

Seite 3

Marx, Holm und Wenzel  
beim ND-Pressesfest

Seite 4

## Soziale und friedliche Alternativen sind möglich



**Weit über 500 Zuhörer drängten Ende April in das Bürgerhaus Neuenhagen, um Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, gemeinsam mit der Bundestagskandidatin der Linkspartei in Märkisch-Oderland/Süd-Barnim, Kerstin Kühn, zu erleben.**

Einen Tag nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich hob Sahra Wagenknecht zunächst das hervorragende Ergebnis des Linkspolitikers Jean-Luc Mélenchon mit nahezu 20 Prozent hervor. Vor allem viele junge Menschen haben für ihn gestimmt. Die französische Sozialdemokratie hätte mit einer gemeinsamen Unterstützung dieses aussichtsreichsten Kandidaten der Linken dazu beitragen können, dass dieser statt des neoliberalen Ex-Investmentbankers Emmanuel Macron als eine echte Alternative zu Marine Le Pen in die Stichwahl gegangen wäre. Nun sei leider nur die Wahl geblieben zwischen einem verschärften „Weiter so“ des Sozialabbaus und der Privatisierungen sowie einer nationalistischen Politik, die zur Verbesserung der sozialen Lage der Mittelschicht und der Ärmern ebenso wenig beitragen werde wie

die von Donald Trump in den USA. Macron sei ein Vertreter der Banken, der Konzerne, der Agenda 2010. Seine Politik werde mehr Ungerechtigkeit schaffen.

Die französische Sozialdemokratie sei für die neoliberale Politik ihres Präsidenten Francois Hollande gnadenlos abgestraft worden. Dagegen habe sich der couragierte linke Kandidat des „unbeugsamen Frankreichs“ Mélenchon klar für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit positioniert sowie mit einer dezidierten Kritik an der neoliberalen EU und an dem Kriegsführungsbündnis NATO. Auf Dauer werde nur eine starke und geschlossene Linke den Front National zurückdrängen können.

### Starker Druck von links notwendig

Gewohnt klar analysierte die Spitzenkandidatin der LINKEN für den neuen Bundestag die gegenwärtige Situation auf eine entsprechende Frage von Kerstin Kühn, die den Abend moderierte: Vom Sozialstaat sei auch in Deutschland nicht viel übrig geblieben. Die Krankenversorgung sei eine Frage des Geldbeutels. Die gesetzliche Rente werde

zerstört. Die Steuerpolitik bevorzuge Vermögende. Das Bildungssystem sei unterfinanziert. Hartz IV bedeute einen gravierenden Absturz. Es bedürfe einer starken LINKEN, um gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen sozialen Kräften mit großem Druck notwendige Veränderungen herbeizuführen. Das Rentensystem könnte zum Beispiel wie in Österreich gestärkt werden. Hier erhalte ein durchschnittlicher Rentner monatlich ca. 800 Euro mehr als in Deutschland. Alle Berufsgruppen zahlten in eine österreichische Rentenversicherung. Die Beiträge der Unternehmen wurden erhöht. Sie begrüße es, dass Kerstin Kühn gerade auf den Gebieten Gesundheit, Pflege, Rente im Bundestag streiten möchte und freue sich schon jetzt auf die Zusammenarbeit mit ihr im Parlament, sagte Wagenknecht. Bei den nächsten Bundestagswahlen gehe es um eine Richtungsentscheidung: Entweder eine Politik für wenige Reiche oder für Menschen, die von ihrer Arbeit leben.

### Konsequent und gemeinsam gegen Krieg

Als Kerstin Kühn das Thema Kriegseinsätze der Bundeswehr aufrief, mahnte die Fraktionsvorsitzende: „DIE LINKE bleibt die einzige politische Partei im Bundestag, die niemals die Hand für Krieg und Sozialabbau erheben wird. Die Erfahrungen in Afghanistan und Irak zeigen, dass der Terror mit Krieg nicht gebremst, sondern vielmehr gefördert wird. Mit mehr Militär werden in der Welt keine Probleme gelöst.“ Es sei ein Trauerspiel, dass die deutsche Regierung lieber Panzer finanziere als Bildung, Schulen und Kitas. Die USA gäben im Jahr 600 Milliarden Dollar für Rüstung aus, Europa 300 Milliarden, Russland dagegen etwas mehr als 60 Milliarden Dollar. Was könnte mit diesen enormen Beträgen alles für die Menschen finanziert werden? Sie forderte: Terror-Finanzierungsströme endlich auszutrocknen, Waffenexporte zu verbieten und Entwicklungshilfe aufzustocken. Leider sei die Friedensbewegung gegenwärtig nicht sehr stark. Angesichts wachsender Kriegsgefahr auch in Europa müsse vereint mit allen friedliebenden Kräften diesem Wahnsinn entgegengetreten werden, appellierte Wagenknecht unter starkem Beifall.

Renate Adolph

## 1. Mai: Kühn fordert Politikwechsel



„Gerechte Steuern auf große Vermögen und Spitzeneinkommen erheben sowie kleine und mittlere Einkommen entlasten – das will DIE LINKE. Und mehr in Schulen, Kitas, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen investieren. Ein Politikwechsel ist nötig. Der Kampf für gute Arbeit und eine gerechte Gesellschaft ist so aktuell wie lange nicht.“ Das unterstrich die Bundestagskandidatin der LINKEN in Märkisch-Oderland/Süd-Barnim, Kerstin Kühn, auf der traditionellen Kundgebung von Gewerkschaften, Parteien und Verbänden am 1. Mai in Strausberg. Niedrige Löhne, Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit und Jobs mit Verfallsdatum seien die Realität. Hart erkämpfte gewerkschaftliche Errungenschaften wie Mitbestimmung, Kündigungsschutz, tarifliche Löhne und sozialer Schutz der Beschäftigten würden zunehmend ausgehebelt, prangerte Kühn in ihrer Rede an: „Wir brauchen höhere Löhne in Deutschland, insbesondere hier in Ostdeutschland. Auch weil sie später wichtig für die Renten sind. Arbeit muss wieder fair entlohnt werden und die Beschäftigten brauchen Schutz und Sicherheit.“ Der Mindestlohn müsse auf 12 Euro steigen. Nötig sei auch eine Mindestsicherung ohne

Sanktionen, die vor Armut schütze. Hartz-IV bedeute nach wie vor Armut per Gesetz. Außerdem wolle DIE LINKE eine Rente, die den Lebensstandard der Menschen sichere – statt einer, die im Alter zum Abstieg führe. Dafür wolle sie das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben.

Nur eine starke LINKE, zusammen mit Gewerkschaften und sozialen Kräften, könne den erforderlichen Druck zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen aufbauen. „Wir streiten für ein soziales Land: Weg von der Agenda-Politik, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Andere kündigen mit schönen



Kerstin Kühn und Marco Büchel am 1. Mai in Strausberg (v. l. n. r.)

Worten viel an. DIE LINKE wird konkret. Dazu möchte ich mit meinem Leitspruch beitragen: Kerstin Kühn – ehrlich, solidarisch, gerecht“, versicherte die Direktkandidatin. r. a.

## Für ein soziales, solidarisches, demokratisches, friedliches Europa

Am 9. Mai ist Europatag, an dem alljährlich die Europäische Union gefeiert wird. Junge Menschen studieren heute europaweit u. a. mit dem EU-Programm ERASMUS. Die Brandenburger sind es gewohnt, nach Polen zu fahren, ohne an der Grenze kontrolliert zu werden. Ich habe die Möglichkeit, den Nachbarort von Bad Freienwalde, das polnische Osinow Dolny ungehindert zu besuchen. Auf Reisen ins europäische Ausland finden keine Zollkontrollen statt. Ein Geldumtausch bleibt uns in vielen Ländern dank der gemeinsamen Währung erspart. Das sind alles Selbstverständlichkeiten. Jedoch verbinden nur wenige diese positiven Aspekte mit der EU. Der Brexit und das Erstarken des Nationalismus in einigen Mitgliedsstaaten verdeutlichen, auf welch wackligen Beinen Europa steht. Die EU muss durch Demokratie und soziale Gerechtigkeit verändert werden – andernfalls besteht die Gefahr, dass rechte Parteien und Populisten Europa nach ihrem Bild verändern und die EU zerstören. Das würde auch die Friedensunion gefährden. Längst

vergangen geglaubte zwischenstaatliche Konflikte könnten wieder in den Vordergrund treten. Das will ich nicht. Ich bin für ein soziales, solidarisches, demokratisches und friedliches Europa. Dies sind für mich die 4 Grundpfeiler für eine zukünftige EU.

### Soziale Mindeststandards einführen

DIE LINKE fordert die Einführung einer sozialen Säule mit Mindeststandards in den Mitgliedsstaaten, um die Armut europaweit zu bekämpfen. Die europäische Gemeinschaft muss auch in der Flüchtlingspolitik eine gemeinsame solidarische Gemeinschaft werden, in der jeder seine Verantwortung wahrnimmt und nicht nationalen Egoismen frönt. Zur Lösung der Fluchtursachen wird ein gemeinsames Agieren der Mitgliedsstaaten benötigt. Deshalb bedarf es einer europäischen Entwicklungspolitik, hin zu mehr Kooperation auf Augenhöhe. Europa muss deutlich demokratisiert werden und auch Brandenburg als lokale Ebene stär-

ker in europäische Entscheidungen einbeziehen. Die Institutionen der EU müssen grundlegend demokratisiert werden.

Als Friedensunion gilt es, konsequent den Frieden zu bewahren. Dafür ist ein Aufrüsten an den europäischen Außengrenzen der falsche Ansatz. DIE LINKE steht weiterhin als Partei des Friedens für eine andere Politik an den Grenzen Europas.

### Brandenburg im Herzen Europas

Die Kooperation mit Polen ist von großer Bedeutung für Brandenburg und Europa. Brandenburg wird den Dialog für ein künftiges Europa führen, auch und besonders mit unseren polnischen Nachbarn. Wir setzen uns für den Ausbau des Polnisch-Unterrichts sowie für verbesserte grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen ein. Von großem Interesse ist auch die Weiterführung gemeinsamer Projekte mit Polen in Brandenburg. Zudem werden wir uns ebenfalls im Ostseeraum engagieren, wo das Land demnächst mit einem/einer Partnerschaftsbeauftragten agieren wird.

Marco Büchel  
Abgeordneter DIE LINKE und  
Vorsitzender des Europaausschusses  
im Landtag Brandenburg

# Verantwortung für den Frieden übernehmen!



Forderungen nach Abrüstung sowie die Warnung vor der Gefahr eines Atomkrieges haben die diesjährigen Ostermärsche in zahlreichen Städten Deutschlands bestimmt. Mehr als 2000 Menschen nahmen an dem Protestmarsch in Berlin teil, darunter viele Genossinnen und Genossen aus Märkisch-Oderland.

## Meinst Du, die Russen wollen Krieg?

„Auch wenn die Medien ein anderes Bild zeichnen, geht von Russland gegenwärtig keine reale Gefahr für kriegerische Handlungen aus, schon eingedenk der vielen Millionen Opfer im Zweiten Weltkrieg. Es ist heute wichtiger denn je, an den Tag der Befreiung am 8. Mai zu erinnern, auch mit Blick auf zunehmende rechtsradikale Bewegungen“, appellierte der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord bei einer Veranstaltung der LINKEN in Hoppegarten.

Die Sowjetunion habe die Hauptlast des Sieges über den Hitlerfaschismus getragen. Dennoch fühlten sich Anrainerstaaten wie Polen und baltische Länder angesichts tragischer historischer Erfahrungen von ihrem riesigen östlichen Nachbarn bedroht. Das habe zu gefährlichen Allianzen dieser Staaten mit der NATO geführt. Dabei heizten die USA eine Strategie gegen Russland zusätzlich an.

Putin hat das Land stabilisiert. Russland sei aber keine ökonomische Großmacht. In der Welt gebe es zurzeit große Veränderungen. Die internationalen Entwicklungen seien angesichts unterschiedlichster Interessen der Großmächte unkalkulierbar. Krieg als Mittel der Politik ist wieder denkbar, auch in Europa. Die Kriegsgefahr wachse, erklärte Nord, der sich seit mehreren Jahren vor allem europäischen Fragen widmet.

Es werde immer schwerer, die EU zusammenzuhalten. Das Ende der EU würde aber eine

## Schluss mit dem Säbelrasseln! Abrüstung statt weiterer Aufrüstung!

Die Erhaltung des Friedens sollte im Programm der LINKEN zu den diesjährigen Bundestagswahlen sowie in der täglichen Arbeit der Partei stärker hervorgehoben werden, meinten Genossen aus Strausberg und verfassten folgende Resolution, die auf dem Landesparteitag der LINKEN Brandenburg Ende März verabschiedet wurde:

Die brandenburgische LINKE beobachtet mit zunehmender Sorge die weitere Aufrüstung der Mitgliedsstaaten der NATO. Auch die deutsche Bundesregierung will die Ausgaben für das Ministerium für Verteidigung jährlich erhöhen. 2016 waren es 34,3 Milliarden Euro, 2017 sollen es 37 Milliarden Euro sein, und bis 2020 sollen die Ausgaben bis auf 39,7 Milliarden Euro steigen. Allein der Wehretat ist von 2016 zu 2017 um 8 Prozent gestiegen, deutlich mehr als der Gesamthaushalt (3,8 Prozent). Bis 2024 haben sich alle NATO-Staaten verpflichtet, ihre „Verteidigungsausgaben“ auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Auch Russland hat in den vergangenen 10 Jahren seine Rüstungsausgaben nahezu verdoppelt und erreichte in 2015 mehr als 66 Milliarden Dollar. Eine gigantische Aufrüstung. Die Rüstungslobby jubelt. Bedeutet dies doch mehr Panzer, mehr Kriegsschiffe, mehr Kampfflugzeuge, mehr Drohnen, mehr Raketen und mehr Tod und Zerstörung bringende Waffensysteme. Mehr Sicherheit wird es dagegen nicht geben.

Mit der militärischen Aufrüstung einher geht der weitere Aufbau von Drohszenarien.

Der NATO-Aufmarsch an der russischen Westgrenze und der russische Truppenaufmarsch an den Grenzen des Baltikums und der Ukraine sind ein gefährliches Spiel mit dem Feuer und erinnern an die dunkelsten Kapitel des kalten Krieges. Allein aus der geschichtlichen

weitere Destabilisierung bedeuten. In allen europäischen Ländern sei deshalb eine Politik mit Augenmaß notwendig. Allerdings verschärfte sich die Krise und die Spannungen innerhalb der Gemeinschaft weiter.

Die UNO verliere an Gewicht. Wir leben in einer kapitalistischen Welt. Auch Chinas Ökonomie gehöre dazu. Die zweitgrößte Industriemacht hat großen Einfluss auf die Welt. Sie ist an einer friedlichen Lösung von Konflikten interessiert. Leider werden viele Spannungen zwischen einzelnen Staaten nicht zurückgefahren. Die deutsche Außenpolitik trage nicht zur Stabilisierung bei.

Eine Entspannungspolitik sei bitter nötig wie sie 1963 von Bahr und Brandt begründet wurde. Es sei notwendig, gegen alle neuen Rüs-

Betrachtung verbietet es sich aber, deutsche Truppen nach Osteuropa zu verlegen. Die Gefahr, dass aus mörderischen regionalen Konflikten ein weiterer – diesmal die Menschheit auslöschender – Weltenbrand entsteht, war nach dem Ende des kalten Krieges noch niemals so groß. Das Völkerrecht wird seit Jahren unterlaufen und gebrochen, ob im Kosovo-Konflikt, mit dem Irak-Krieg oder mit der Anektierung der Krim. Der jeweils vermutlich Stärkere setzt mit Waffengewalt zunehmend seine Interessen durch. Die internationale Diplomatie verliert an Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit.

Viele Staaten rüsten auf. Sehr zur Freude der deutschen Rüstungsindustrie. Die Rüstungsexporte Deutschlands nahmen entgegen der Ankündigung der deutschen Regierung nicht ab. Selbst in Krisenregionen und an zweifelhaften Regime – wie Saudi-Arabien – und kriegsführende Staaten wie Irak – werden fleißig deutsche Waffen verkauft. Diese finden nicht selten dann den Weg in die Hände von noch zweifelhafteren Warlords.

DIE LINKE. Brandenburg wird sich weiterhin für eine dialogorientierte friedliche Konfliktlösung unter Berücksichtigung aller Interessen der am Konflikt Beteiligten einsetzen. Wir werden auch in Zukunft gegen die Aufrüstung und den Aufmarsch von NATO-Truppen protestieren. Wir lehnen den Bruch des Völkerrechtes – egal von wem – entschieden ab und fordern die Stärkung der UNO. Eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr lehnen wir genauso entschieden ab wie Auslandseinsätze deutscher Soldaten. Die deutschen Waffenexporte, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete, müssen sofort beendet werden.

Wir rufen deshalb zu einer breiten Teilnahme an den Ostermärschen und an den Protesten gegen Truppenverlegungen und weitere Aufrüstung auf.

Es bleibt dabei: DIE LINKE ist die Adresse, wenn es um Frieden, gegen Aufrüstung und Waffenexporte geht. Nicht nur zu Wahlen, sondern Tag für Tag!

tungsschritte zu protestieren. Militär müsse abgebaut werden, Manöver sollten nicht mehr stattfinden, forderte Nord. r. a.



## Bürgerbüros

### Thomas Nord (MdB)

**Bürgerbüro Seelow**  
Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
thomas.nord@bundestag.de  
www.thomas-nord.de

### Bettina Fortunato (MdB)

**Bürgerbüro Seelow**  
Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
buero-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

### Marco Büchel (MdB)

**Bürgerbüro  
Bad Freienwalde**  
Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

**Bürgerbüro Strausberg**  
Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 49 77 11  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:  
1. und 3. Mo. im Monat  
Bitte VORHER telefonisch anmelden.  
info@marco-buechel.de  
www.marco-buechel.de

## Geschäftsstellen

**Bad Freienwalde**  
Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:  
Di. 9 – 11 Uhr

**Strausberg**  
Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr  
E-Mail: info@dielinke-mol.de

## LinksTreff

**LinksTreff Seelow**  
Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
www.dielinke-seelow.de  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr

## Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:  
1. Juni 2017

**Erscheinen**  
der nächsten Impulse:  
15. Juni 2017

## Marx, Holm und Wenzel beim nd-Pressefest

Am 19. und 20. Mai feiert „neues deutschland“ wieder sein traditionelles Pressefest „ndLive“. Am Freitagabend wird zu einem Potpourri unterschiedlicher Musikgenres geladen mit Trommelgruppe, Liedermacher und mehreren Chören, darunter dem Ernst-Busch Chor.

Der Sonnabend erfreut ab 11 Uhr mit Musik von „Manifest“ aus Potsdam, mit den Kabarettisten „Charly M.“ und Ausstellungen, mit Führungen durch die Redaktion, mit Lesungen, mit einem Kinderfest, Info- und Marktständen sowie Kulinarischem vom Grill. In Diskussionsrunden debattieren u. a. die

Fraktionsvorsitzenden der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien sowie Andrej Holm über die Wohnungspolitik der Stadt. Der Film „Der junge Marx“ ist zu sehen. Mit einem Konzert von Wenzel & Friends findet das Fest seinen abendlichen Abschluss.

**Die Revolution fährt Fahrrad**

**ndLive**  
19./20. Mai 2017  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

19. Mai: FRÖSI – Chorabend am Vorabend  
20. Mai: Bends · Literatur · Politik · Kino · Kinder  
Straßentheater © Charly M. © Gruppe Manifest  
Andrej Holm & Stadtumbau © Kino & Revolution  
Rot-Rot-Grün – fettes B? © Zucker aus Konvention  
Rechtspopulismus © Lesungen im Kunstkabinett  
Lese Keller © Der junge Karl Marx © Sonnenschein  
Wenzel & Friends © talk & show & redaktion ... ..  
das volle Programm auf: [www.ndlive.de](http://www.ndlive.de)

Eintritt: Frei  
Bands  
Literatur  
Politik  
Kino  
Kinder



**Das Wochenende**  
für alte und neue Mitglieder, Allwissende und  
Neugierige, für Klein- und Großfamilien ...

**25. Pfingsten mit der LINKEN vom 2. Juni bis 5. Juni 2017 in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof**

- jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen

Versorgung: - Halbpension  
- für „Zwischendurch“ stehen mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit

**SAHRA WAGENKNECHT** spricht zu Fragen der Zeit auf Einladung der LINKEN Altlandsberg, Montag, 19. Juni, 19 Uhr, Bürger- und Kreativhaus „Zur alten Mühle“, Landsberger Straße 20, Bruchmühle.

**Im Gespräch** ist **HARTMUT SOMMER**, Leiter des Fachbereichs Brand- und Katastrophenschutz der Kreisverwaltung MOL, Donnerstag, 18. Mai, 15 Uhr, **LinksTreff Seelow**, Breite Straße 9, 15306 Seelow.

## Landespolitik im Dialog

Im Dialog – das ist der Titel einer neuen öffentlichen Veranstaltungsreihe, mit der **Marco Büchel** interessierte Bürgerinnen und Bürger noch intensiver zum Gedanken- und Meinungsaustausch zu Fragen der Landespolitik einladen möchte. Nur wenige Tage nach den jüngsten Beratungen des Brandenburger Parlaments wird er über aktuelle Beschlüsse und Diskussionen aus den drei Tagen Landtagsplenarium von Mitte Mai 2017 berichten. Natürlich besteht auch die Möglichkeit, sich über andere Themen der Landespolitik auszutauschen.

Termin: **22. Mai 2017**, 19 Uhr,  
Begegnungsstätte Waldstraße,  
15370 Fredersdorf-Vogelsdorf

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

**Vi.S.d.P.** : Bettina Fortunato, Tel. 0 33 41-31 17 96

**Redaktion** : Renate Adolph, renate@adolph.de

**Layout u.** : Fortunato Werbung

**Satz** : www.fortunato-werbung.de

**Fotos/Grafiken** : DIE LINKE. MOL, privat